

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 23 (1929)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau : zur Chronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ten kommen? Reaktionär muss der Katholizismus nicht sein, wohl aber, scheint mir, konservativ, wenigstens in gewisser Hinsicht. Es eignet ihm etwas Statisches, während der Protestantismus mehr dynamischer Natur ist. An dieser Stelle also zeigt es sich, dass zwischen Protestantismus und Sozialismus doch an einem ganz wesentlichen Punkte ein engerer Zusammenhang besteht als zwischen Katholizismus und Sozialismus. Der Sozialismus ist seinem innersten Wesen nach doch auch ein grosser Protest und eine grosse Ketzerei — wird er diesen Charakter ablegen können oder sollen? Was aber die römische Kirche betrifft, so stossen wir damit wieder auf die Frage ihrer Beweglichkeit und Lebendigkeit.

Ich stelle diese Fragen wirklich nur als solche, ohne sie zu beantworten. Es sind einige Probleme dieser Bewegung. Der „katholische Sozialismus“ wird sie lösen müssen. Dass er mir von Herzen sympathisch ist, hat wohl die ganze Darstellung gezeigt. Nur das will ich andeuten, dass mir auch diese Teilbewegung des „religiösen Sozialismus“ nur ein Hinweis auf etwas noch Grösseres ist, dessen wir harren müssen und das ganze gewaltige und tragische Problem des Verhältnisses von Katholizismus und Sozialismus nur ein Teil des grösseren: wie die Sache Gottes und die Sache des Menschen neu zusammenkommen können im Reiche Christi, nur ein Ausdruck der Gottesfrage, die immer mächtiger an unsere Gesellschaft herandrängt.

16. Januar.

L. R a g a z.

(Zweiter Teil folgt.)



Rundschau



Zur Chronik.

1. Weltpolitisches.

Ein Weihnachtsengel flog durch die dunkle Welt: Bolivien und Paraguay haben das Schwert in die Scheide gesteckt. Dass das auch ein Erfolg des Völkerbundes war, sollte kein anständiger Mensch leugnen. Ohne die neue Atmosphäre der Welt, aus welcher der Völkerbund entstanden ist, und die er doch auch hat schaffen helfen, wäre dieses Feuerlein wohl zu einem grossen Brand geworden, und wer weiss, wie weit er um sich gegriffen hätte. Es heisst, den Hass gegen eine Sache doch ins Absurde treiben und in eine Polemik der Lüge und Lächerlichkeit verfallen, wenn man dem Völkerbund, den man unaufhörlich bekämpft und damit schwächt, einen Vorwurf daraus macht, dass er nicht sofort ein Heer ins Chaco schickte oder schicken konnte, um die Streitenden zur Raison zu bringen. Kennt die Dummheit und Gemeinheit der Opposition gegen den Völkerbund denn keine Grenzen? Dass u. a. auch der Papst und die panamerikanische Organisation eingriffen, vermindert den Wert der Aktion des Völkerbundes nicht. Denn auch diese waren ge-

wiss durch sie beeinflusst. Diese Friedestiftung in Südamerika bleibt einer der grossen Aktivposten in der Bilanz des Jahres 1928.

Lugano kann man dazu wohl kaum rechnen. Es schloss bekanntlich mit dem Faustschlag Stresemanns auf den Spieltisch des Kursaals ab. Ein solcher Faustschlag kann unter Umständen etwas Befreiendes haben, doch diesmal schwerlich. Immerhin wurde durch diesen Faustschlag das Problem der Minderheiten neu markiert, das freilich das punctum saliens des europäischen Friedensproblems ist. Die Probleme der Reparation und der Räumung der Rheinlande hängen, wie hier wiederholt gezeigt worden, damit eng zusammen. Wenn sich „Sicherheit“ im Osten schaffen liesse, dann wäre Frankreich wohl zu weitergehendem Entgegenkommen gegen Deutschland bereit. Das ist also die grosse Frage. Im Osten müsste man natürlich Deutschland auch entgegenkommen. Ob man das will? Und ob es leicht wäre? Wie wir neuerdings aus sehr guter privater Quelle erfahren, ist man dort nicht bereit, von den durch den Friedensvertrag erworbenen Gebieten und Rechten auch nur das Geringste wieder aufzugeben, im Gegenteil geneigt, davon noch mehr zu fordern. Ganz schlimm scheint es besonders auch in der polnischen Ukraine zu stehen. Diese sei gesonnen, sich um jeden Preis von Polen loszulösen, sobald eine günstige Gelegenheit komme. Ueberhaupt trachte die Gesamt-Ukraine, ein Land mit einer Bevölkerung von dreissig Millionen, nach Zusammenschluss und Selbständigkeit. Ebenso bleibt Mazedonien eine offene Wunde.

Es ist in der Ferne und offenbar auch in der Nähe schwer zu sagen, wie hier Hilfe werden soll. Man möchte wohl an irgend eine Art von Föderation denken, die in losen Formen verbände, was nicht zusammengehören will und doch zusammenleben muss. Ohne eine gewisse Entwertung der politischen Grenzen und Entspannung des krankhaften Nationalgefühls wird es auf keinen Fall gehen. Man erkennt in diesen Zuständen den Fluch jahrhundertelanger Unterdrückung des selbständigen nationalen, religiösen und kulturellen Lebens dieser Völker, das sich nun in überreizter Selbstbehauptung rächt. Hier wird besonders die katholische Kirche ein grosses Friedenswerk tun können, das einzelne ihrer Vertreter schon kräftig angefasst haben.

Ein besonderer Faktor der Lage ist natürlich auch hier Soviet-Russland. Neuerdings mehren sich die Gerüchte, dass eine Aktion von Polen und Rumänien, unterstützt von den Westmächten, gegen Russland geplant sei. Wahrscheinlich handelt es sich mehr um gegenseitige Angst, die aber, wie immer in solchen Lagen, gefährlich ist. Jedenfalls aber gewinnt in diesem ganzen Zusammenhang die Aktion Russlands, welche Polen und Rumänien, wie auch den baltischen Staaten, eine besondere Bindung auf Grund des Kellogg-Paktes zum Teil vorschlägt und zum Teil vorschlagen will, eine grosse Bedeutung. Möchte etwas Rechtes daraus werden! Der Kellogg-Pakt kann doch seinen Wert bekommen, wenn die Völker nur wollen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch die Kunde — die hoffentlich der Wahrheit entspricht — dass in Rumänien das neue Regime die Rechte der Minderheiten zu achten gesonnen sei. Hoffentlich werden auch die politischen Gefangenen, allen voran der schwer misshandelte Sozialist Bujor, ihre Kerkertore sich öffnen sehen! — Am andern Ende Europas, im Elsass, hat der Schuss auf Fachot, den Staatsanwalt des Kolmarer Prozesses, auch wieder gezeigt, wie dringend notwendig es auf diesem schicksalsvollen Boden wäre, dass etwas von der Ordnung eines neuen Europa verwirklicht würde.

Die endgiltige Regelung der Reparationen und die Räumung der Rheinlande stehen nun also im Vordergrund der weltpolitischen Probleme. Damit werden tiefere Fragen aufgerollt: Ist es recht, dass Deutschland Reparationen zahlen muss? Recht ist, grundsätzlich gesprochen, dass überhaupt für einen Krieg „repariert“ werden muss. Dass diese Notwendigkeit der

Welt so klar vordemonstriert wird, ist entschieden ein Gewinn. Es ist eine kalte Dusche auf alle Kriegsromantik. Recht ist auch, dass nicht nur Frankreich und England Riesensummen an Amerika zahlen müssen, sondern Deutschland diese Last mittragen muss. Sollten aber die Andern nicht auch ihrerseits vieles zu „reparieren“ haben? Müsste der notwendige Ausgleich nicht noch viel umfassender sein? Und ob man das, was Deutschland an Land und Wirtschaftsmacht eingebüsst hat, nicht auch dabei berechnen müsste? Im Hintergrund erhebt sich das furchtbare Problem der Schuld am Kriege. Dieses kann nicht begraben werden; es muss eine Lösung im offenen Lichte finden, nicht eine der Selbstgerechtigkeit und Anklage, sondern eine des Selbstgerichtes und der Busse. Es bleibt Försters grosses Recht, dass er dies für sein Volk hartnäckig geltend macht. Das Gleiche gilt aber für alle Völker. Das Ergebnis würde eine Solidarität der Schuld und der Sühne sein. Sie müsste auch die „Neutralen“ einschliessen. Etwas von diesem Sinn kommt auf alle Fälle im Reparationsproblem zum Ausdruck; er sollte nur noch viel mehr zur Geltung kommen.

Das neue Jahr beginnt also unter ernstesten Zeichen. Dazu gehören auch die Vorgänge in Jugoslawien. Sie sind eine Bestätigung der in der letzten Chronik behaupteten Ungunst der Zeiten für die Demokratie. Diese Ungunst ist grossenteils eine Frucht des Krieges. Was würde uns erst ein neuer bringen? Bedenken wir auch, was seit langem der Balkan als politischer Wetterzeiger bedeutet!

Schauen wir noch einen Augenblick über Europa hinaus, so beobachten wir die grosse Unruhe des Islam, die auch in die Vorgänge in Afghanistan hineinspielt — neben dem Gegensatz von Russland und England, der fast überall auch mitwirkt. China hat einen neuen Schritt zu seiner Einigung vollzogen, indem die südlichen Nationalisten sich mit den nördlichen Konservativen „endgültig“ versöhnten. Allerdings heisst es auch: „Tsching Kai Schek sprach die Hoffnung aus, dass China noch vor Ablauf von 15 Jahren eine Armee, eine Marine und eine Luftflotte ersten Ranges besitzen werde.“ Das wäre Nemesis für Europa und Fluch für China selbst. In Indien ist bemerkenswert das Wiedererscheinen Gandhis auf der politischen Bühne! Der indische Nationalkongress habe eine Verständigung zwischen Hindus und Moslems gezeitigt. An England ist ein Ultimatum gerichtet worden: wenn es nicht bis zum Ende des Jahres 1929 Indien die Stellung eines Dominions, das heisst die volle Autonomie, einräume, dann werde Indien sich unabhängig erklären. Gandhi erklärt, er werde, wenn England jenen Schritt nicht tue, am 31. Dezember 1929 die indische Unabhängigkeit proklamieren. Und was dann? Und was nun? Man darf auf Gandhis weiteres Tun gespannt sein. Von ihm ein andermal mehr.¹⁾

Die Perspektive auf die Befreiung Asiens und Afrikas von Europa bleibt fortwährend eine überragende Aufgabe. Vielleicht ist es darum doch verheissungsvoll, dass Amerika unaufhaltsam seine Verbindung mit Europa verwirklichen muss. Die Sache mit Bolivien und Paraguay, in der Europa, Südamerika und Nordamerika zusammenwirkten, war darum wohl auch unter diesem Gesichtspunkt gut. Dass die Vereinigten Staaten je länger je mehr die Notwendigkeit dieser Verbindung einsehen, zeigt auch das heisse Ringen um die Ratifikation des Kellogg-Paktes, das gegenwärtig dort vor sich geht.²⁾ Es ist doch vielen Amerikanern mit diesem Kellogg-Pakt bitter ernst; er ist auch in dieser Hinsicht nicht umsonst da. Das Militär ist aus Nicaragua doch auch zurückgezogen worden. Dazu haben zwanzig südamerikanische Republiken bei Anlass der neuesten panamerikanischen Konferenz einen Schiedsgerichts-

1) Er ist übrigens auch an einer Weltkonferenz christlicher junger Männer zu Mysore in Südindien aufgetreten.

2) Und nun zu seiner Ratifikation geführt hat.

vertrag unterzeichnet, der grundsätzlich jeden Krieg ausschliesst. So wird doch immer wieder und immer mehr über dieser Neuen Welt die weisse Fahne des Friedens sichtbar.

2. Gegen und für den Frieden.

Unmittelbar nach Weihnachten pflegen unsere Zeitungen in breiter Aufmachung die militärischen Kurse des folgenden Jahres anzuzeigen. Sie haben es auch diesmal getan — auch eine Bestätigung dessen, was über die Weihnachtslüge im Dezemberheft gesagt worden ist. Es ist kaum ein Gegengewicht dazu, wenn der schweizerische Bundesrat seinen Willen, den Beitritt zum Kellogg-Pakt zu empfehlen, kundtut. Denn dass er daraus keine Folgerungen ziehen wird, ist das Sicherste des Sichersten. Klassisch ist der Satz in seiner Botschaft: „Es wird dadurch ja kein positives Tun von uns gefordert.“ Da haben wir den ganzen heutigen Schweizer: wenn er nur nichts „tun“ muss, es sei denn Geldverdienen, Spielbanken beschliessen, Wahlen machen, Sport treiben, ästhetisieren, psychologisieren und, um seine Tatlosigkeit zu rechtfertigen, tiefsinnig tun.

Ein Anwachsen der Opposition gegen unseren schweizerischen Militarismus (den kein wütendes Leugnen aus der Welt schafft) ist trotzdem deutlich, auch in bürgerlichen Kreisen. (Darf man sagen: auch?) Und das gilt wohl von aller Welt. Die amerikanischen Kirchen haben 180,000 Unterschriften zugunsten der Bestätigung des Kellogg-Paktes an den Kongress geschickt. Eine Anzahl dänischer Pfarrer, denen sich zwei ehemalige Kriegsminister (!) anschliessen, fordern ihr Volk zu völliger Abrüstung auf.¹⁾ Einen denkwürdigen Fall von Bekehrung vom geistlichen Militarismus zum Pazifismus stellt der Mecklenburger Domprediger und lutherische Landesbischof Tolzien dar. Dieser hochgebildete Mann war während des Krieges einer der wütendsten „Kriegstheologen“, so eine Art deutscher Pfarrer Bolliger. Aber nun hat er eine völlige Wendung gemacht, und zwar offenbar ganz von innen her. Er bekennt sich heute rückhaltlos zum Pazifismus. Offen bricht er mit seiner bellizistischen Vergangenheit und erklärt: „Die christliche Kirche wird pazifistisch sein oder untergehen.“ Eine solche Tat hat um so mehr zu bedeuten, als man weiss, wie schwer es gerade einem Theologen fällt, statt andere

¹⁾ „Wir, die unterzeichneten Pfarrer der Dänischen Evangelisch-lutherischen Landeskirche, halten es für unsere Pflicht, gegenüber dem Volk, zu dem wir gehören, und der Kirche, der wir dienen, als unsere Ueberzeugung zu erklären:

dass jeder Krieg — auch der sogenannte Verteidigungskrieg — im absoluten Widerspruch mit den Grundprinzipien des Christentums steht, wie diese im Evangelium Jesu Christi geoffenbart sind. Dass sicherste Mittel, zu verhindern, dass internationale Streitigkeiten durch Krieg entschieden werden, besteht darin, dass wir von dem oben genannten grundlegenden Gesichtspunkt aus für die Abrüstung arbeiten und dadurch Verständigung und Frieden unter den Nationen schaffen.

Wir würden es als eine Ehre für unser Volk erachten, falls es als das erste die Abrüstung durchführte.

Wir richten hiermit die Aufforderung an alle unsere Mitdiener der Landeskirche, sich dieser Forderung anzuschliessen.“

Dazu bemerkt einer der Initianten: „Von ungefähr 1600 Pastoren unterschreiben 135, leider keiner der Bischöfe, wohl aber zwei frühere Minister: Pfarrer P. Dahl, Minister für die Landeskirche in der sozialistischen Regierung, und Pfarrer El. Povlsen, auch Minister für die Landeskirche in der radikalen Regierung Zahle.

Die konservative Presse hat natürlich eine heftige Kampagne gegen uns eröffnet“

sich selbst zu bekehren. Möchte dieser Vorgang für die ganze Kirche symbolisch werden. In katholischen Kreisen wird wieder die Forderung laut, dass der Papst ex officio Mitglied des Völkerbundsrates sein solle. Damit wäre wohl weder dem Völkerbund, noch der Friedenssache, noch dem Papsttum gedient. Dieses kann, wie mir scheint, seine Friedensmission in voller Unabhängigkeit sehr viel wirksamer erfüllen und hat daran eine wundervolle Gelegenheit, seinen Einfluss zu mehren.

Der anschwellenden Flut der Friedensbewegung stehen freilich mehrere schwerwiegende Tatsachen gegenüber: Einmal die wachsenden Rüstungen fast aller Völker zu Lande, auf und unter dem Wasser, in der Luft und anderswo, vor allem auch die Militarisierung der erwachten und erwachenden östlichen und südlichen Völker; sodann ein der Friedensbewegung parallel gehendes ermattetes Zurücksinken Vieler, besonders derjenigen Jugend, die den Krieg nicht so recht miterlebt hat, in die alten Denkweisen, endlich die Militarisierung der Sozialdemokratie, von der später die Rede sein soll, und die ihrerseits wieder besonders durch das Vordringen des Faschismus bedingt ist.

Dieser Reaktion der vis inertiae gegenüber ist es gut und notwendig, wenn der Internationale Kongress gegen den Giftgaskrieg zu Frankfurt, den die Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen hat, wieder einmal mit voller Deutlichkeit zeigt, was der Welt bevorsteht, wenn sie nicht rasch imstande ist, das Höllenfeuer des Krieges auszulöschen. Davon ist besonders berichtet worden.

Die ganze Unheimlichkeit der Dinge, um die es sich hierbei handelt, illustriert folgende Tatsache: Die Kölner Bevölkerung ist schon lange über Vorräte von Blaukreuz-Gas beunruhigt, die sich auf der Wahner Heide in der Nähe der Stadt, in grossen Flaschen aufbewahrt, befinden sollten. Man dachte daran, diese Flaschen ins Meer zu versenken (so wie man es in Amerika nach dem Kriege gemacht hatte), befürchtete davon aber einen ungeheuren Fischtod. So entschloss man sich denn, die Flaschen in einen riesigen Betonsarg zu betten und zu vergraben. „Besser das Gas als die Menschen,“ bemerkt dazu die „Menschheit“.

Die „Sonntagszeitung“ glaubt übrigens nicht an „Kriegsreste“ und erwartet eine „fröhliche Urständ“ dieser Gase!¹⁾

1) Dass die deutliche Feststellung der vom Giftgaskrieg her der Welt drohende Gefahr unsere Gegner alarmieren werde, war zu erwarten. Ihre Front reicht von den Kommunisten über gewisse Sozialdemokraten bis zur äussersten Rechten. Die „Basler Nachrichten“ leisten sich folgende Unterscheidungen:

1. Der Kongress habe den Sinn des Referates von Dr. Steck, dem Chef des schweizerischen Gasschutzes, sozusagen gefälscht, indem er in seiner Schlussresolution die Unmöglichkeit eines Schutzes der Zivilbevölkerung gegen den Giftgasangriff behauptete;

2. Der Kongress sei eine blosser Aktion zugunsten der Pläne Moskaus;

3. Der Kongress sei eine Sabotage der Aktion des Völkerbundes, die auf ein Verbot des Giftgaskrieges abziele, während der Kongress der (nach Dr. Oeri offenbar geheuchelten) Utopie einer Aufhebung des Krieges nachjage.

Eine böswilligere Entstellung eines offenkundigen Sachverhaltes ist nicht denkbar.

Zum Ersten: Abgesehen davon, dass die Vorschläge Dr. Stecks für den Schutz der Zivilbevölkerung allen Kongressteilnehmern mit voller Deutlichkeit die Unmöglichkeit eines solchen Schutzes bewiesen, verschweigt Dr. O., dass vor und nach Dr. Steck noch eine ganze Reihe von Rednern mit ebenso grosser und zum Teil sehr viel grösserer Kompetenz gesprochen haben, die alle den Schutz vor dem Giftgas für unmöglich erklärten. Unter diesen Rednern befand sich neben dem berühmten Toxikologen Prof. Lewin auch unser Freund- Stu-

Auch die Dienstverweigerung ergreift immer mehr die Gemüter und führt beständig zur Tat. In der Schweiz haben wir die letzten Monate wieder eine kriegsgerichtliche Verhandlung nach der andern erlebt, die damit zu tun hatte. Am meisten Aufsehen erregt hat eine in Basel stattgefundene, in deren Mittelpunkt unser Freund Dr. Georg Mattmüller stand. Ihn hat, neben dem Christen und Abstinenten, vor allem der Arzt zum Dienstverweigerer gemacht. In seinem Falle wurde nun einmal eine militärgerichtliche Verhandlung zu einer edlen und geradezu erfreuenden Sache. Nicht nur war dem Angeklagten Gelegenheit zu einer ausführlichen, schriftlichen und mündlichen, Darlegung der Beweggründe seines Tuns gegeben worden, sondern es schlug auch der Grossrichter (d. h. Vorsitzende des Militärgerichtes) Dr. Bäschlin einen Ton an, der ein wenig an den bekannten Prozess Gandhis erinnerte, und der Auditor (d. h. amtliche Ankläger) Dr. Henrici war es selbst, der die Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte als widerrechtlich und schmächtig brandmarkte. So fiel denn auch das Urteil verhältnismässig mild aus: drei Wochen Gefängnis, dazu die Ausstossung aus dem Heer (die aber eine Gunst

dienrat Waldus Nestler, der den ganzen Weltkrieg mitgemacht hat, zum Teil gerade als Gasschutzoffizier in einer wichtigen Stellung. Auf Grund der Aussagen dieser Männer, wie des Eindrucks, den die Darstellung von Steck gemacht, ist die Resolution entstanden. Die Fälschung des Tatbestandes liegt also nicht auf Seiten des Kongresses!

Zum Zweiten: Wenn Dr. O. tut, als ob der Frankfurter Kongress ein Unternehmen im Dienste Moskaus gewesen und die Veranstalterinnen sozusagen dessen Agentinnen seien, so ist das Demagogie von der niedersten Sorte. Dr. O. weiss ganz sicher, in welchem scharfem Gegensatz zum Bolschewismus gerade die, auf welche seine Behauptung zielt, stehen. Wenn er aber so wenig von so bekannten Dingen wüsste, dass er seine Behauptung selbst glaubte, so wäre seine Journalistik leichtfertig. Er muss ferner wissen, dass die radikalen Pazifisten der ganzen Welt für den russischen Abrüstungsvorschlag, der ja einfach ihren eigenen Zielen entspricht, eingetreten sind, ohne dass es ihnen im übrigen eingefallen wäre, dem bolschewistischen System zuzustimmen. Sie fürchten halt, zum Unterschied von Dr. O., den Weltkrieg noch mehr als den Bolschewismus.

Drittens: Ebenso haltlos ist Dr. O.s Behauptung, der Frankfurter Kongress sei eine Art Sabotage der Aktion des Völkerbundes. Armselig ist, wie er der Versuchung nicht widerstehen kann, trotzdem in diesem Falle gar kein Anhalt dafür vorlag, doch den üblichen Spruch über „Frauenlogik“ zu tun, weil diese Frauen nämlich so „unlogisch“ seien, statt das Leichtere: das Verbot des Giftgaskrieges, das Schwerere zu fordern: die Beseitigung des Krieges selbst. Ja, das muss freilich eine seltsame Logik sein, die verlangt, man solle die Wurzel einer Giftpflanze beseitigen, statt bloss ein paar Blätter abzuschneiden! Auch Feldmarschall Foch hat sich wohl der „Frauenlogik“ schuld gemacht, als er auf die Frage, warum man denn nicht den Giftgaskrieg verbiete, antwortete: „Man könnte ebenso gut den Krieg selbst verbieten.“ Zum Verboten ist der Giftgaskrieg schon das Leichtere, wenn es aber ans Halten geht, dann ist das eine kindische Utopie! Dr. O. ist gescheit genug, um zu wissen, wie wenig ein neuer Weltkrieg sich um solche Vorschriften, bestimmte Waffen nicht zu brauchen, bekümmern würde, wie er auch weiss, wie wenig sich der letzte darum bekümmert hat. Vielleicht waltet bei ihm in dieser Sache eine besondere „Logik“, keine „Frauenlogik“, aber die Logik derer, die sofort nur noch rot sehen, wenn etwas, das nach Antimilitarismus aussieht, vor ihnen auftaucht.

Diese ganze Polemik gegen ein Unternehmen, dessen Bedeutsamkeit für den Kampf gegen den Krieg jedem ehrlichen Menschen einleuchten muss, ist eben durch und durch ebenso unwahr, wie sie nicht fair ist.

bedeutet) und ein Jahr Einstellung im Aktivbürgerrecht, aber mit der Begründung, man hätte ihm dies erspart, wenn man annehmen müsste, dass es ihm schaden würde.

Man spürte also bei dieser Gerichtsverhandlung das Aufdämmern der Wahrheit. Leider muss man annehmen, dass man es weniger gespürt hätte, wenn es sich nicht um einen hochgeachteten Arzt gehandelt hätte, der seine Sache wirkungsvoll vertreten konnte, sondern um einen einfachen und geistig schwerfälligeren Bauernsohn oder Arbeiter. Wenn unser Freund **E d u a r d L i e c h t i** in La Chaux-de-Fonds, zum viertenmal vor dem Gericht stehend, fünf Monate Gefängnis und fünf Jahre Verlust des Aktivbürgerrechtes erhielt, allerdings nun endlich auch aus der Armee ausgeschlossen wurde, so hat dabei neben der reaktionären Dickköpfigkeit der heutigen welschen Schweiz wohl auch politische Feindschaft mitgewirkt. Fügen wir hinzu, dass unser Freund **H a n s A n d e r f u h r e n** in Zürich wegen Verweigerung der Militärsteuer fünf Tage Gefängnis erhielt. Wir danken allen diesen Bekennern für ihre Tapferkeit und Treue und wünschen, dass ihr Tun nicht nur der Sache, sondern auch ihnen selbst zum Segen gereiche.

Eine Frage: Wird der Beitritt zum Kellogg-Pakt, der doch den Krieg zum Verbrechen macht, es nicht zur Pflicht machen, sich der Vorbereitung eines Verbrechens zu entziehen? Wird man vielmehr nach wie vor Leute, die dies tun, als Verbrecher behandeln?

Also Bewegung gegen den Krieg, Reaktion, wieder Bewegung. Ich erwarte, dass eines Tages wieder ein neuer, entscheidender Vorstoss der Friedensbewegung komme, vielleicht in Form einer religiös-politischen revolutionären Volkerhebung.

3. Soziales und Formalpolitisches.

Es sei an die vorhergehende Rubrik gerade die schon angekündigte Bemerkung über die Militarisierung der Sozialdemokratie angeschlossen. Diese kündigt sich auf allerlei Weise an. Vor allem in dem neuen Wehrprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Gewiss vertritt es vorläufig noch nicht den wirklichen Militarismus. Es bekennt sich zur völligen Abrüstung als dem Endziel und stellt allerlei Forderungen auf, welche den Zweck haben, der Reichswehr die schlimmsten Zähne auszubrechen (natürlich ganz illusorische Forderungen), aber es bedeutet doch eine Aufrüstung, bedeutet eine Ablenkung von der Bahn eines sozialistischen Antimilitarismus zu einem neuen, wenn auch vorläufig nur keimhaft vorhandenen, sozialistischen Militarismus. Denn wenn irgendwo, so gilt hier das Wort: „Wer dem Teufel den kleinen Finger gibt . . .“ Die Motivierung mit der Gefahr, dass Deutschland eines Tages Aufmarschgebiet für den Völkerbund gegen Russland werden könnte, ist typisch: denn immer und immer gibt es einen solchen Anlass. Einst war es die „französische Revanche“, dann „der Zarismus“, nun ist es „die europäische Kontrarevolution“ — und morgen? Auf diesem Wege gelangt man bloss wieder in den Abgrund. — Die gleiche Tendenz zeigt sich auch anderwärts. Auch in der Schweiz. Natürlich — denn im Nachmachen ist ja der Schweizer immer gross. Unsere „Radikalen“ berufen sich dabei auf Mussolini und sehen nicht, dass sie auch hierin mit dem bürgerlichen Spiesser auf einer Bank sitzen. Von Frankreich weiss man, wie es steht, ebenso von Belgien. Natürlich wäre nichts verkehrter, als etwa von den Kommunisten etwas Besseres zu erwarten. Diese sind bloss konsequenter, was freilich den Humbug einer kommunistischen „Arbeiterschutzwehr“ in der Schweiz nicht geringer macht.

Das Ganze ist eine Etappe mehr in der „Verbürgerlichung“ des Sozialismus, die nur durch den Vorstoss eines neuen, d. h. erneuerten Sozialismus, überwunden werden kann. Wahlerfolge, wie neuerdings wieder einer in der Tschechoslovakei, werden daran nichts ändern!

Der Faschismus breitet sich freilich aus, wie die schon erwähnten Vorgänge in Südslavien zeigen. Natürlich wird er nicht durch „sozialistischen Wehrwillen“ wirksam bekämpft. Welche Fäulnis er erzeugt, zeigen die neuerlichen Vorgänge in Mailand: wütende Selbstzerfleischung. Bereicherung der Führer an den öffentlichen Mitteln, Gewalttat und Korruption jeder Art. Es scheint sich nun auch herausgestellt zu haben, dass das Attentat auf den König, das zwanzig Todesopfer und eine entsprechende Zahl von Verletzten gekostet, wirklich von den Faschisten selbst veranstaltet war, wohl, um den Duce zum Rê oder gar Imperatore zu machen! Ein solches System stürzt sich selbst; es braucht nur ein bisschen viel Geduld beim Warten darauf.

Das Problem der Stellung der katholischen Kirche zur Arbeiterbewegung ist in einer Krise des Zentrums zum Ausdruck gekommen. Der, übrigens nichts weniger als revolutionäre, Abgeordnete Stegerwald, der Vertrauensmann des Arbeiterflügels, ist als Vorsitzender der Partei abgelehnt und dafür ein Prälat gewählt worden. Sollte das etwa symptomatisch sein? Stegerwald fordert dafür seinerseits einen Arbeiterrat als Ergänzung der politischen Organisation der Partei. Daneben beschäftigt die Frage des „katholischen Sozialismus“ fortwährend den Episkopat und die führenden Köpfe der römischen Kirche. Die Haltung ist schwankend; man wird wohl zusehen wollen. Im Rheinland ist inzwischen ein Organ des „katholischen Sozialismus“: „Das rote Blatt der katholischen Sozialisten“, unter der Redaktion von Heinrich Mertens, gegründet worden. Gewiss ein rechtes Zeichen der Zeit!

Wir hoffnungslos es aber noch bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Vereinigten Staaten aussieht, beweisen zwei neuerliche Beschlüsse des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labour). Er verurteilte das Labour College (Arbeiterhochschule) von Brookwood. Warum? Weil man daselbst gewagt hatte, sogar über die Politik des Gewerkschaftsbundes Diskussion zuzulassen. Also eine „Parteidisziplin“, wie gewisse Schweizer Genossen sie fordern, nämlich für andere! Ferner: Es war eine Adresse an Prof. John Dewey, den weltberühmten Pädagogen und Philosophen des Pragmatismus, vorgeschlagen. Das wurde abgelehnt. Warum? Weil Dewey in Russland gewesen sei; 2. weil er über Russland geschrieben habe; 3. weil er gefunden habe, dass nicht alles in Russland schlimm sei. So nach „The World To Morrow“. Das dürfte fast für die „Basler Nachrichten“ genügen.

In der Schweiz beteiligen sich die sozialdemokratischen Frauen lebhaft an der Petition für das Frauenstimmrecht, die der Bundesversammlung eingereicht werden soll, während die katholischen Frauen, reaktionär wie der ganze offizielle schweizerische Katholizismus (wenn es nicht gerade um Spielbanken geht!), ablehnen. Bei einer Abstimmung, die der bürgerliche „Bund“ veranstaltet, erklärten sich rund viertausend Frauen gegen, aber siebentausend für das Stimmrecht. Auch wenn man dieses nicht überschätzt, muss man schon darum dafür sein (abgesehen von anderen Gründen), weil es eine Demonstration ist und weil — Schulthess dagegen ist. Man versteht hoffentlich, was ich meine!

Die ganze Verkommenheit unserer Zustände beleuchten die Finanzskandale, besonders die mit der „Gazette du Franc“ verbundenen, aber auch viele andere, dazu die Verbrecherschlacht in Berlin, von der allerlei berichtet wird, und der eine in Köln vorausgegangen ist. Den Geist unseres Wirtschaftssystems beleuchtet auch folgende, einer grossen Tageszeitung entnommene Notiz, die den Kenner der Geschichte des Kapitalismus übrigens sehr vertraut anmutet: „Um eine Wirtschaftskatastrophe in Kanada und in den Vereinigten Staaten zu verhindern, erwägt man ernstlich den Gedanken, sich eines Teils der Riesenvorräte [von Getreide] künstlich zu entledigen; mit anderen Worten: man würde es in den Chicagoer und Winnipegger Börsenkreisen mit Freuden begrüßen, wenn eine grössere Weizenmenge, wie es be-

reits vor Jahren geschah, verbrannt oder ins Meer geschüttet würde.“ Dabei leiden die englischen Kohlenbergleute bitterste Not, stehen in Russland die Frauen in langen Reihen, vor Kälte zitternd, stundenlang vor den Lebensmittelläden, um etwas für ihre Familie zu ergattern, sind in China zwanzig Millionen Menschen vom Hungertod bedroht, schwingt — was doch auch mittelbar damit zusammenhängt — die Arbeitslosigkeit ihre furchtbare Geißel über vielen Millionen von Proletarierfamilien. Werden die christlichen Kirchen fortfahren, Männer, die gegen eine solche Gesellschaftsordnung auftreten, zu verfolgen, wie neuerdings unsere Freunde, die Pfarrer Eckert in Mannheim und Fuchs in Eisenach?¹⁾ Und wie weit muss es gekommen sein, wenn Schweizer Frauen, unter der Führung einer „Frau Nationalrat“, es unternehmen, für die leidenden Bergbauern in Graubünden auf Weihnachten Kleider und Lebensmittel zu sammeln (was jene sich hoffentlich verboten haben, wenn in ihnen noch ein Rest von dem alten Bündner Bauernstolz übrig ist), während unsere Bourgeoisie einen wahren Goldstrom in ihre Kassen fliessen sieht, und es uns an Mitteln zu einer wirklichen und ehrenvollen Hilfe wahrhaftig nicht fehlte.

4. Kirchliches.

Es scheint Aussicht zu bestehen, dass der Kirchenstaat, freilich in äusserst beschränkter Masse, wieder hergestellt wird, indem der italienische Staat dem Papst ein Stück an den Vatikan grenzendes Land abtritt. — In Preussen erstrebt die katholische Kirche ein ihr günstiges Konkordat und hat ebenfalls Aussicht, es durchzusetzen. Das Gleiche scheint in Baden der Fall zu sein. — In Salzburg soll eine katholische Universität gegründet werden. — In Frankreich hat die Regierung Poincarés sich genötigt gesehen, zugunsten der katholischen Missionen einen Teil der laizistischen, d. h. antiklerikalen Kampfgesetze zu mildern — ein grosser Erfolg für die Kirche. — Diese gibt sich auch gewaltige Mühe, den verlorenen christlichen Orient zurückzuerobern. Diesem Zwecke dient eine neuerliche Enzyklika: Rerum Orientalium und dazu dauernd das „Orientalische Institut“ in Rom. — Bei Anlass des fünfzigjährigen Priesterjubiläums des jetzigen Papstes soll ein „Heiliges Jahr“ gefeiert werden, mit viel Ablass für die, welche für die Kirche und den Frieden (!) beten.

Der deutsche Staat wendet für die Kirchen jährlich 150 Millionen Mark, für Preussen allein 71 (künftig 83) Millionen auf. Kann sich eine solche Kirche je gegen den Staat wenden?

5. Kulturelles und Unkulturelles.

In die ganze Unruhe des Islam hinein gehört die Einführung der lateinischen Schrift in der Türkei, die sich zur Abschaffung des Fez und des Schleiers gesellt. So etwas ist als Zeichen der Zeit wichtiger, als manches hochpolitische Ereignis. (Nebenbei: Die meisten Koran-Ausgaben werden scheint's in Deutschland gedruckt.) Natürlich regt sich auch der Widerstand gegen diese Europäisierung, die vielleicht schlimmer ist, als die politische — im grossen gesehen, nicht gerade in allen Einzelheiten, — daneben aber auch einiges Gute hat.

Die Regierung der chinesischen Provinz Honan bedroht jede Anpflanzung von Mohn (aus dem bekanntlich Opium bereitet wird) mit Todesstrafe. — Neuseeland hat ein vollständiges Alkoholverbot mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt. — Bulgarien hat die Glücksspiele verboten — es ist halt ein Balkanland, steht nicht auf der Höhe schweizerischer Hotel-Kultur! — Dafür hat unsere Bundesversammlung die Initiative, welche den Ge-

¹⁾ Wenn solche Männer in der Hitze des Kampfes etwa einmal allzu starke Worte brauchen, sollte man, nach all den von der Kirche nicht gesprochenen Wahrheitsworten, sich nicht so sehr darüber aufregen.

meinden das Recht des Schnapsverbotes gewähren will, abgelehnt — selbstverständlich im Interesse des „wahren“ Kampfes gegen den Alkohol. — Der State Attorney Tuttle in New York, ein hochgestellter Beamter für die Ueberwachung des Handels (d. h. Schmuggels) mit Betäubungsmitteln (Morphium, Opium, Kokain, Heroïn usw.) hat letzthin erklärt, die Zentren dieses Handels seien aller Wahrscheinlichkeit nach Frankreich und die Schweiz. Also eine neue Efire der Schweiz. Entrüstete Proteste, die aus lauter Phrasen bestehen, können diese Vermutung natürlich nicht entkräften. Man erinnere sich unseres sehr wenig ehrenvollen Verhaltens in Sachen der Opiumkonvention, wo eine englische Frau und ein amerikanischer Geistlicher uns Mores lehren mussten. Findet sich bei uns niemand, der diesen Dingen gründlich und rücksichtslos nachginge? Das wäre wichtiger als sehr vieles andere. An solchen Dingen hängt das Los der Völker. — 15 Millionen Menschen sollen nach einer ungefähren Berechnung im Durchschnitt täglich ins Kino gehen. Kommentar unnötig!

Einige Gotteslästerungs-Affären haben zu reden gegeben. Ein Stück von Hasenclever, „Ehen werden im Himmel geschlossen“, scheint wirklich eine Frucht gemeiner Gottlosigkeit zu sein. Gegen so etwas muss natürlich gekämpft werden, nur, wenn irgend möglich, nicht mit Gesetzesparagraphen! Anders scheint der Fall des Berliner Zeichners Georg Grosz zu liegen, der Christus am Kreuz, in kriegerische Embleme eingezwängt, über Blut und Leichen, dargestellt hat. Das kann auch Protest gegen die Lästerung Christi durch die Christen sein. Der Künstler selbst erklärt: „Und so sehe ich Christus als einen Propheten der Liebe, und in meiner Zeichnung wollte ich diesem Gedanken Ausdruck geben: Wenn Christus im Weltkrieg wiedergekommen wäre und hätte in den Schützengräben gepredigt: „Du sollst deinen Nächsten lieben!“, so wäre er aufs neue gepackt und gekreuzigt worden.“ Uebershaupt: Wer lästert Gott am meisten, die „Gottlosen“ oder die „Frommen“?

Im übrigen ist es schon so: es handelt sich bei allem, was wir auch in dieser Chronik dargestellt haben, zuletzt um den Kampf um Gott. L. R.
12. Januar.

Personalia. Mathilde Wrede ist gestorben. Wer noch vor einigen Jahren diese lebenstrahlende königliche Frau gesehen hat, kann das kaum glauben. Eine ganz grosse Seele nicht mehr unter uns, wenigstens nicht in ihrer Leibeshülle. Mehr zu sagen, ist unnötig.

Bern. Die Leser der „Neuen Wege“ werden herzlich eingeladen, die Ausspracheabende über das Thema: „Mein Glaube“ zu besuchen. Das einleitende Referat hält jeweilen Pfarrer Karl von Greyerz. Sie finden statt: Freitag den 8. Februar und Freitag den 1. März, abends 8 Uhr, im Daheim.

Aus der Arbeit

„Heim Neukirch“ an der Thur.

Beginn des Sommerkurses 15. April. Dauer 6 Monate.

Neben den praktischen Arbeiten im einfachen Haushalte, in Küche und Garten, in Kinderstube und Krankenzimmer, im Handarbeitsfach für Erwachsene und Kleinkinder, neben Turnen, Spiel, Singen und Lesen sind für besondere Stunden vorgesehen: Haushalt- und Ernährungsfragen, Besinnung über unsern Körper und seine Ausbildung, Kinderpflege, Kräfte in der Natur um und in uns, Erziehungsfragen, Leben und Werke bedeutender Männer und Frauen. Unser Land und Volk, andere Völker, Aufgaben in der Gegenwart.

ler ist Paul Passy doch geblieben. Radikal ist seine Stellungnahme zu vielen Tagesfragen (und immer tapfer dazu), radikal seine Gründung der kommunistischen Kolonie „Liéfra (Liberté, égalité, fraternité), mit der jetzt auch eine internationale Volkshochschule verbunden ist, radikal sein franziskanisch-tolstoischer Weg, radikal seine Opposition nicht nur gegen das Auto, sondern gegen das ganze Maschinenwesen. Möge er noch lange als ein Beispiel ewiger Jugend unter uns weilen!

Basel. „Aufbau“ und „Neue Wege“: Dienstag den 5. März, abends 8 Uhr, Volkshauszimmer 5, Vortrag von Genosse Dr. S. Brin über: „Das Judenproblem.“ Zahlreiches Erscheinen erwarten wir gerne.

Bern. Zusammenkunft der Freunde der „Neuen Wege“ Freitag den 1. März, abends 8 Uhr, im Daheim, II. Stock. Einleitendes Referat von Pfarrer K. v. Greyerz über: „Mein Glaube.“ Anschliessend Diskussion.

Auch machen wir die Leser der „Neuen Wege“ schon jetzt darauf aufmerksam, dass wir im März einen öffentlichen Vortrag von Prof. O. Ewald aus Wien veranstalten werden. Das Nähere wird noch bekannt gegeben.

Zum Besuche dieser beiden Veranstaltungen sind die „Neue Wege“-Leser herzlich eingeladen und gebeten, Bekannte darauf aufmerksam zu machen.

Der Ausschuss der Gruppe „Neue Wege“ und „Aufbau“.

Redaktionelle Bemerkungen.

Die Leser werden sich vielleicht wundern, warum in dieser Nummer nicht der zweite Teil des Aufsatzes „Katholizismus und Sozialismus“ erscheint. Ich möchte ihnen darum erklären, dass es mir wichtig schien, den Vortrag über „Aktiven Pazifismus“ in diesem Hefte zu bringen. Im März-Heft soll dann die Fortsetzung des andern kommen. Es schien mir eine solche Unterbrechung tunlich, weil es sich in dieser Fortsetzung zunächst ausschliesslich um Dokumente handelt, die für sich selbst verständlich und wichtig sind.

Auf den Vortrag selbst sei noch besonders hingewiesen. Er ist nicht nur zum Lesen, sondern zum Handeln.

Aus Rücksicht auf den Raum musste wieder Einiges zurückgestellt werden, so auch eine „Betrachtung“ des Redaktors, die durch eine längere von Bietenholz ersetzt wird.

Druckfehler.

Im Januarheft sind folgende Druckfehler zu berichtigen: Seite 18, Zeile 4 von oben muss es Dauer heissen (statt „Trauer“); Seite 32, Zeile 19 von unten verteidige (statt „verteidigte“); Seite 46, Zeile 22 von oben Kultusminister (statt „Kriegsminister“).

Vorläufige Mitteilung.

Die diesjährige Jahresversammlung der Freunde der Neuen Wege soll Sonntag, den 17. März, in Zürich (Gartenhofstrasse 7) stattfinden. Im Mittelpunkt stehen wird ein Vortrag von Prof. Dr. Oskar Ewald aus Wien über das Thema: „Wie sollen wir uns zum Freidenkertum innerhalb des Sozialismus stellen?“

Näheres wird, wenn dies möglich, im Märzheft und anderswie mitgeteilt werden.